

## **Zahl und Qualität der Lehrstellen nimmt zu**

***Sowohl die Zahl der im gesamten Kanton Baselland angebotenen Lehrstellen wie auch deren Qualität haben sich im Laufe der letzten Jahre massgeblich verbessert. Lenkungsabgaben seien nicht notwendig. Zu diesem Schluss kommt ein zusammenfassender Bericht der Regierung. Allerdings sei es denkbar, Ausbildungsbetriebe künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu bevorzugen.***

Liestal. eu. Noch im Jahr 1997 zeigte sich die Baselbieter SP-Landrätin Eva Chappuis besorgt über den Zustand des Lehrstellenmarktes. Das Angebot insbesondere an qualitativ hoch stehenden Lehrstellen genüge nicht mehr, fasste sie ihre Bedenken in einem Postulat an die Regierung zusammen. Die Anzahl der offenen Lehrstellen stehe in einem Missverhältnis zur Zahl der Schulabgänger, argumentierte sie. Und: Mit einer Entschärfung der Situation in den nächsten Jahren ist nicht zu rechnen.

## **Lage hat sich entspannt**

Just dies scheint aber mittlerweile stattgefunden zu haben. Zwar hat sich die Regierung mit dem Antwortbericht reichlich Zeit gelassen und die auf ein Jahr angesetzte Frist zur Beantwortung von Postulaten gleich um weitere drei Jahre verlängert. Allzu viele Sorgen bereitet der aktuelle Lehrstellenmarkt offensichtlich nicht mehr. Zwar habe auch in diesem Jahr die Nachfrage nach einzelnen Berufen - so etwa im Büro-, Verkaufs- und Informatikbereich - das Angebot übertroffen, heisst es im Antwortbericht. Insgesamt habe sich aber sowohl die Zahl der angebotenen Lehrstellen wie auch deren Qualität verbessert. Die Regierung stützt sich dabei unter anderem auf die Zahl der gemeldeten Lehrstellen, die sich von 942 im Jahr 1998 auf 1306 im Jahr 2001 erhöht hat. Als weitere Indikatoren werden die Anzahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge (1998: 1558, 2001: ca. 1660) sowie die offen gebliebenen Lehrstellen (1998: 139, 2001: 216) aufgeführt.

Zurückhaltung markiert die Baselbieter Regierung gegenüber Vorschlägen für finanzielle Anreize zur Schaffung und Erhaltung von Lehrstellen durch den Staat. Geprüft werden solle insbesondere die Einführung einer Lenkungsabgabe, verlangte Eva Chappuis in ihrem Postulat. Alle Betriebe würden dabei einen Betrag in einen Fonds einzahlen, dessen Inhalt wiederum an jene Unternehmen mit Ausbildungsplätzen zurückflösse. Untersucht werden sollen überdies die staatliche Unterstützung von Betrieben, die schwierige Jugendliche mit Sprach- oder Integrationsproblemen oder Verhaltensauffälligkeiten ausbilden.

## **Sache der Wirtschaft**

Traditionellerweise sei die Berufsbildung Sache der Wirtschaft, so die Replik der Regierung. Die Einführung einer Lenkungsabgabe und die Bewirtschaftung eines solchen Fonds bringe einen erheblichen administrativen Aufwand mit sich. Zudem liege es bereits heute im Ermessen der Berufsverbände, ihre Beiträge zugunsten von Ausbildungsbetrieben einzusetzen. Denkbar sei es allenfalls, Ausbildungsbetriebe künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu bevorzugen. Die gesetzliche Grundlage für eine solche Massnahme besteht allerdings noch nicht.

Weitere Unterstützungsmassnahmen werden zurzeit auf Bundesebene in Erwägung gezogen. So ermöglicht etwa der Entwurf zum neuen Eidgenössischen Berufsbildungsgesetz (BBG) Solidaritätsbeiträge von Betrieben ohne Lehrstellen. Erfahrungen mit dem neuen BBG mussten erst abgewartet werden, bevor Massnahmen auf kantonaler Ebene ergriffen würden, so der Regierungsrat.

Nur auf den ersten Blick verlockend sei die Idee von Unterstützungsbeiträgen für Auszubildende so genannt schwieriger Jugendlicher, heisst es im Bericht weiter. Eine solche Massnahme drohe nicht nur zu einer eigentlichen Stigmatisierung dieser Gruppe Jugendlicher zu führen. Zu befürchten sei auch ein Run von Lehrmeisterseite um solche beitragsberechtigten Problemjugendliche. Als Unterstützungsmassnahmen dränge sich hier ein flexibles Stütz- und Förderangebot auf. Mit verschiedenen Projekten wie der Einführung der Vorlehre Baselland, der Beratungsstelle wie weiter? in Birsfelden oder dem Impuls-Projekt E **Lehr** mit **Kick** seien bereits gute Erfahrungen gesammelt worden. In einem nächsten Schritt werde nun das Stützpunktangebot der Berufsschulen neu konzipiert.

## **Ziel erreicht**

Zwar herrsche nicht immer Übereinstimmung über die anzuwendenden politischen Instrumente. Im Wesentlichen sei das Ziel des Postulats - nämlich die Erhöhung und Sicherung des Lehrstellenangebots - in der Zwischenzeit erreicht worden, zieht der Regierungsrat abschliessend eine positive Bilanz über die Entwicklung der letzten Jahre in diesem Bereich.